

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Am Donnerstag bestimmte vor allem die Debatte zur Gentechnik den Deutschen Bundestag.

Über fünf Stunden debattierten Politiker aller Fraktionen, und das in einer Form, die nicht alltäglich ist. Die Debatte über die ethischen Folgen der Gentechnik war eine positive Überraschung und ist geeignet, Frust über die Politik abzubauen.

Weitgehend ohne polemische Grabenkämpfe wurde kompetent über komplizierte Dinge wie PID und die embryonale Stammzellenforschung diskutiert. Gerade bei diesen beiden Themen gehen die Meinungen auseinander: so bei der Präimplantationsdiagnostik von einer reglementierten Zulassung bis zur konsequenten Ablehnung, bei der Stammzellenforschung die unterschiedliche Bewertung der Forschung an adulten bzw. embryonalen Stammzellen.

Was beim Ringen um Normen in der Gentechnik letztendlich herauskommt, es wird Folgen haben für das Verhältnis unserer Gesellschaft zum ungeborenen Leben, für die Achtung vor der Schöpfung und den Umgang mit Alten und Behinderten.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Zahl der Petitionen stieg im Jahr 2000 um 13 Prozent	...S.2
Anonyme Geburten kontrovers beurteilt	...S.3
Perspektiven des Programms „Die soziale Stadt“ aufzeigen	...S.4
Kindergeld ab 2002 um 30 DM erhöhen	...S.5
Regierung zerstört niedrige Strompreise	...S.6
In eigener Sache	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Zahl der Petitionen stieg im Jahr 2000 um 13 Prozent



►► Fragen zur Gesetzgebung und zum Kindergeld, zum Psychotherapeutengesetz und zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern - das waren einige der Schwerpunkte der Arbeit des Petitionsausschusses im vergangenen Jahr.

Dies geht aus dem Jahresbericht des Petitionsausschusses 2000 hervor. Insgesamt gingen im vergangenen Jahr laut Bericht 20.666 Eingaben ein. Gegenüber dem Vorjahr mit 18.176 Petitionen war dies eine Zunahme von 13 Prozent. Die Gesamtzahl der abschließend verhandelten Petitionen hat 13.344 betragen.

Die meisten Anfragen und Beschwerden fielen erneut auf das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit 8.658 Petitionen. Es folgen das Bundesministerium der Justiz mit 2.442 Eingaben, das Bundesministerium des Inneren mit 2.225 und das Bundesministerium für Gesundheit mit 2.207 Petitionen. Geringfügige Zuwächse in den Eingangszahlen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung zu verzeichnen.

Zurückgegangen ist nach dem Bericht die Zahl der Sammelpetitionen (Petitionen mit einer Unterschriftenliste) von 1.386 aus dem Jahr 1999 auf 1.074 im vergangenen Jahr. "Deutlich" angestiegen ist im Berichtszeitraum die Zahl der Massenpetitionen, also Eingaben in größerer Zahl mit dem selben Anliegen, deren Text ganz oder im Wesentlichen übereinstimmt (zum Beispiel Postkartenaktionen). Dabei sind insgesamt 170.532 Unterschriften eingegangen.

Die Anzahl der Bitten zur Gesetzgebung ist im Verhältnis zu Beschwerden gegen das konkrete Handeln einer Behörde

ebenfalls deutlich angestiegen und beläuft sich auf 11.251 Legislativpetitionen im Jahr 2000, gegenüber 7.521 im Vorjahr. Bei den Beschwerden sind 9.415 Petitionen im Jahr 2000 eingegangen, gegenüber 10.529 im Jahr 1999.

Aufgegliedert nach Geschlechtern sind 58 Prozent der Eingaben von Männern eingereicht worden und 32 Prozent von Frauen; die restlichen zehn Prozent kamen von Organisationen und Verbänden. <<



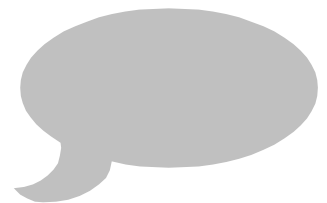
Anonyme Geburten kontrovers beurteilt

►► Unterschiedliche Resonanz ruft ein Gesetzentwurf meiner Fraktion zur Änderung des Personenstandsgesetzes "Anonyme Geburten" hervor, der in der Anhörung am Mittwoch diskutiert wurde.

Einige Sachverständige kritisierten, dass im Entwurf offen bleibt, wem gegenüber Anonymität bestehen soll. Adoptierte Kinder hätten ein garantiertes Recht und das subjektive Bedürfnis, ihre Herkunft zu kennen. Dem gegenüber stellten andere Experten dar, dass ein Grundrecht auf "seelische Entfaltung" des Kindes wichtig, aber das Recht der Mutter auf Überleben höherrangig sei. Der Staatsauftrag zum Schutz des Lebens werde durch ein Angebot der anonymen Geburt verwirklicht.

Die Pflichtberatung wurde für ein "schwer überwindbares Hindernis" gehalten. Die Frauen brauchen anonyme Beratung vor, während und nach der Geburt des Kindes. Nur so können anonyme Geburt und Babyklappen, bei denen Mütter ihre Säuglinge abgeben können und das Kind umgehend versorgt wird, sinnvolle Einrichtungen zum Schutz der Mütter und Kinder werden.

Insgesamt aber wurde unser Gesetzentwurf begrüßt, ist er doch ein Schritt in die richtige Richtung. <<



Spruch der Woche

" Es gibt keine Verengung auf einen Bewerberin."

(CSU-Landesgruppenchef Michael Glos auf die Frage nach der Kanzlerkandidatur)

Perspektiven des Programms

"Die soziale Stadt" aufzeigen



►► Das Bund-Länder-Programm „Die soziale Stadt“ ist im September 1999 durch eine Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung gestartet worden. Der Bund hat 100 Millionen DM zur Verfügung gestellt und in diesem Haushaltsjahr den Betrag auf 150 Millionen DM aufgestockt.

Wir wollen in einer Anfrage von der Bundesregierung wissen, welche gesellschaftlichen, kommunalpolitischen und städtebaulichen Entwicklungen nach ihrer Ansicht zu den Problemen beitragen, die das Programm "Die soziale Stadt" erforderlich machen.

Die Regierung wird aufgefordert, Aussagen zu machen über die Verlagerung von Handel aus den Innenstädten auf die "grüne Wiese", über Wohnortverlagerung aus den Innenstädten und Kerngebieten von Verdichtungsräumen an den Stadtrand, in Umlandgemeinden und den ländlichen Raum, über die Entwicklung von Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit und Kriminalitätsraten und über die Trennung von Zuwanderern und angestammter deutscher Bevölkerung.

Die Regierung soll die Finanzausstattung des Programms bewerten und sagen, in welchem Umfang die Länder von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau unter bestimmten Voraussetzungen auch in den Fördergebieten des Programms einzusetzen.

Wir fragen auch nach einer Zwischenbilanz im dritten Programmjahr mit Blick auf die zur "Schlüsselfrage" erklärte Aufgabe, wonach Bund, Länder und Kommunen alle Förderprogramme koordinieren und bündeln sollen, um der drohenden sozialen Polarisierung in Siedlungen entgegenzuwirken. ◀◀

Kindergeld ab 2002 um 30 DM erhöhen

►► Die Erhöhung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder von derzeit 270 DM auf 300 DM ab 1. Januar 2002 steht im Mittelpunkt eines Entwurfs der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen Regierungskoalition für ein zweites Gesetz zur Familienförderung.

Darüber hinaus soll das allgemeine sächliche Existenzminimum eines Kindes an die aktuellen angepasst und der bisherige Betreuungsfreibetrag von 3.024 DM um eine Erziehungskomponente ergänzt werden.

Ferner wollen die Fraktionen außerhalb des Familienleistungsausgleichs einen Abzug für erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten einführen, wenn diese den Betreuungsfreibetrag übersteigen. Diese Regelung gilt nur bei Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Vorgesehen ist ein einheitlicher Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung.

Bei Volljährigen, die sich in der Berufsausbildung befinden und auswärts untergebracht sind, sollen die Finanzbehörden Sonderbedarf anerkennen. Um diesen abzugelten, soll außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Freibetrag von 924 Euro abgezogen werden können.

Den Haushaltsfreibetrag wollen die Abgeordneten stufenweise "sozialverträglich" abschmelzen. Gestrichen werden der Sonderausgabenabzug von Aufwendungen für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse ("Dienstmädchenprivileg").

Der Entwurf würde im Jahr 2002 zu Steuermindereinnahmen von 4,65 Milliarden DM führen, von denen 2, Milliarden DM auf den Bund, 1,93 Milliarden DM auf die Länder und 676 Millionen DM auf die Gemeinden entfielen. ◀◀



Wussten Sie schon ...

... dass Gewalt und Spionage in Berlin zugenommen haben? 333 Straftaten von Rechtsextremisten und 849 Straftaten von Linksextremisten sind die traurige Bilanz des Berliner Verfassungsschutzes für das Jahr 2000. Daß in der Hauptstadt auch die Spionage zunimmt, ist nicht verwunderlich. Mit dem Zuzug diplomatischer Vertretungen wächst auch die Zahl der ausländischen Geheimdienstler.

Regierung zerstört niedrige Strompreise

►► Die durch die Politik der alten Bundesregierung ausgelösten Strompreissenkungen werden durch die neue Bundesregierung zunichte gemacht. Darauf machte diese Woche der Präsident des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft Marquis aufmerksam.

Bundesweit sanken die Strompreise durch die Liberalisierung um rund 15 Milliarden DM im Jahr. Durch politische Sonderlasten wie Ökosteuer werde die Belastung in diesem Jahr 12,5 Milliarden DM betragen, Tendenz steigend, so Marquis. Mittlerweile betrage der Staatsanteil an der Stromrechnung rund 40 Prozent. Der Stromkunde müsse sich auf wieder steigende Strompreise einstellen. ◀◀

In eigener Sache

►► Zwei der neuen Mitarbeiterinnen in meinem Abgeordnetenbüro sind Claudia Hauzenberger und Anja Queißner. Frau Hauzenberger ist zur Zeit Studentin der Kulturwissenschaften an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt/ Oder.

Ihre Aufgabe wird es hauptsächlich sein, die Arbeit in der Kinderkommission und die Ausschußarbeit zu begleiten.

Frau Queißner studiert Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie wird mit mir unsere Zeitung **BERLIN** *Die Woche* ►► erstellen und für den rechtspolitischen Bereich zuständig sein. ◀◀

Die nächste Ausgabe von **BERLIN** *Die Woche* ►► erscheint am 22. Juni. 2001.



... das Allerletzte!

*Trittins
Umweltministerium ist
eine peinliche Panne
unterlaufen. Es
versickte eine
Pressemitteilung mit dem
Titel „Französische
Behörden bestätigen
Störfall im Atomkraftwerk
Gravelines“. Eine
unmittelbare Gefahr der
Kontamination bestehe für
Deutschland nicht und
Strahlenschutzmaßnahmen
seien nicht erforderlich, so
die Pressemitteilung
weiter. Auf Nachfrage
musste das Ministerium
eingestehen, dass es sich
nur um eine Übung mit
einem „fiktiven Szenario“
gehandelt habe.*